

20/1996

Papst-Besuch in Berlin: „Wir Deutsche verdanken ihm viel“



Papst Johannes Paul der II. geht mit Helmut Kohl und Eberhard Diepgen durch das Brandenburger Tor.

Papst Johannes Paul II. hat in Berlin ein bewegendes Bekenntnis zur Freiheit abgelegt. Der Gang durch das Brandenburger Tor, das er als Tor der Freiheit pries, war für das Oberhaupt der katholischen Kirche ein Akt besonderer Genußung und ein historisches Ereignis. Diesmal konnte der Papst anders als bei seinen vorherigen Besuchen frei durch das Brandenburger Tor gehen. Der Papst habe entscheidenden Anteil an der Überwindung der kommunistischen Diktaturen, sagte der Bundeskanzler in seiner Begrüßungsrede. „Wir Deutsche verdanken ihm viel.“

DOKUMENTATION

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm setzt sich ein für eine moderne und effiziente Arbeitsmarktpolitik. Grüner Teil

Helmut Kohl:

Papst-Besuch ein Zeichen der Hoffnung und des Aufbruchs

**Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl
am Brandenburger Tor in Berlin am
23. Juni 1996 anlässlich des Besuches von
Papst Johannes Paul II. in Deutschland.**

*Heiliger Vater,
liebe Berlinerinnen und Berliner,
liebe Landsleute von nah und fern,
verehrte Gäste!*

*Dies ist ein Tag der Freude für unser
Land, insbesondere für die deutsche
Hauptstadt Berlin! Heiliger Vater, Sie sind
ein Freund der Deutschen. Sie kennen un-
ser Land und seine Menschen. Sie sind
uns in Deutschland immer herzlich will-
kommen! Als sie 1980 und 1987 die Bun-
desrepublik als Oberhaupt der katholi-
schen Kirche besuchten, war Deutschland
noch geteilt. Das polnische Volk lebte
noch unter kommunistischer Diktatur.*

*Wir Deutsche verdanken Ihnen viel. An
der Überwindung der totalitären und
glaubensfeindlichen Ideologie, durch die
unser Kontinent, unser Land und diese
Stadt gespalten wurden, haben Sie ent-
scheidenden Anteil. So haben Sie dazu
beigetragen, daß der Traum von der Wie-
dervereinigung Deutschlands in Erfüllung
ging.*

*Sie haben sich nie mit der widernatürli-
chen Teilung Europas durch den Eisernen
Vorhang abgefunden. Gerade Sie haben
Millionen von Menschen, die bis vor weni-
gen Jahren unter dem kommunistischen
Regime leben mußten, ermutigt, die Hoff-
nung auf ein Leben in Freiheit nicht auf-
zugeben. Sie haben der Freiheitsbewe-*

*gung in Polen, aber auch in anderen Staa-
ten Mittel- und Osteuropas moralischen
Rückhalt und Selbstvertrauen gegeben. Sie
wußten, daß das scheinbar unerschütterli-
che kommunistische System vor der Ge-
schichte letztlich keinen Bestand haben
konnte, weil es dem Wesen des Menschen
widerspricht.*

*Heiliger Vater, wir sind soeben gemeinsam
durch das Brandenburger Tor gegangen.
Für uns war das ein tief bewegender Au-
genblick. Es ist keine sieben Jahre her, da
stand hier noch die Berliner Mauer, eine
der unmenschlichsten Grenzbefestigungen
der Erde. Sie fiel wie die Mauern von Je-
richo – allein durch den lauten Ruf nach
Freiheit. Heute symbolisiert das Branden-
burger Tor Freiheit, Verständigung und
Frieden.*

*Heiliger Vater, Sie haben soeben in einer
feierlichen Zeremonie im Olympiastadion
zwei Märtyrer aus unserem Volk seligge-
sprochen – Bernhard Lichtenberg und
Karl Leisner. Beide stehen für einen uner-
schrockenen, lebendigen Glauben auch
während der dunkelsten Jahre unserer Ge-
schichte. Nur wenige Schritte von hier
setzte sich Domprobst Lichtenberg für die
verfolgten Juden ein, die Sie, Heiliger Va-
ter, einmal die „älteren Brüder“ der Chri-
sten genannt haben. Die Besinnung auf
diese beiden herausragenden Persönlich-
keiten der Kirche wird dazu beitragen, die
Erinnerung an das bessere Deutschland
wachzuhalten, das auch die Nazi-Barbarei
nicht zerstören konnte.*

Die Erinnerung an den Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung gehört zum moralischen Fundament unserer Bundesrepublik Deutschland. Ganz bewußt haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ an den Beginn unserer Verfassung gestellt, die heute auch für unser wiedervereinigtes Vaterland gilt. Auf diesen Satz sollten wir uns immer wieder neu besinnen. Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, daß die Freiheit in unserer Gesellschaft nicht in Orientierungslosigkeit umschlägt.

Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung, sonst schlägt sie in neue Formen der Abhängigkeit um. Gelebte Verantwortung braucht die Besinnung auf das eigene Gewissen, auf den Mitmenschen und vor allem auf Gott. Gerade in diesem Sinne ist die Stimme der christlichen Kirchen auch in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft unverzichtbar. Die Frohe Botschaft ist eine Quelle der Kraft; sie gibt vielen Menschen Orientierung und Halt.

Ich wünsche mir, daß von diesem Papstbesuch in Deutschland ein Signal ausgeht - ein Signal der Ermutigung für Christen, Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu übernehmen. Christenpflicht und Bürgerpflicht sind nicht voneinander zu trennen! Das gilt nicht zuletzt für den Bau des vereinten Europa. Es waren vor allem in ihrem Glauben tief verwurzelte, der Ökumene verpflichtete Christen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges darangingen, im freien Teil unseres Kontinents die Europäische Gemeinschaft aufzubauen. Sie handelten in vollem Bewußtsein der geistig-kulturellen Traditionen, die alle Völker Europas mit-

einander verbinden. Wir dürfen niemals aus den Augen verlieren, daß wir in Europa vor allem eine Werte- und Kulturgemeinschaft bilden. Sie selbst, Heiliger Vater, haben in diesem Zusammenhang einmal vom „Genius Europas“ gesprochen.

Ich wünsche mir, daß die katholischen und die evangelischen Christen noch stärker als bisher die neuen Chancen zum Dialog mit den orthodoxen Christen in Europa nutzen. Es geht gewissermaßen darum, einen ökumenischen Bogen von den Klöstern und Kapellen Irlands bis hin zu den Kirchen und Kathedralen von Kiew und Moskau zu schlagen. Für eine gute Zukunft unseres Kontinents ist es ebenso wichtig, daß sich die drei großen monotheistischen Weltreligionen – Judentum, Christentum und Islam – auf ihre gemeinsamen Wurzeln besinnen und vom Geist der Brüderlichkeit leiten lassen.

Jetzt, am Ende dieses Jahrhunderts, das so viel Leid und Elend gesehen hat, haben wir die großartige Chance, das Haus Europas wetterfest für die Zukunft zu bauen. Das ist die beste Voraussetzung für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert. Ich setze darauf, daß die christlichen Kirchen die Menschen überall in Europa ermutigen, sich an diesem Friedenswerk zu beteiligen.

Heiliger Vater, Sie haben mit Ihrem Besuch bei uns in Deutschland Zeichen der Hoffnung und des Aufbruchs gesetzt. Sie haben vielen Menschen in Paderborn, hier in Berlin und in ganz Deutschland große Freude gebracht und Mut gemacht. Ihr Zuspruch hat vielen neue Kraft gegeben. Im Namen all dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Bundespräsident Roman Herzog: „Willkommen im geeinten Deutschland“

Rede des Bundespräsidenten zur Begrüßung von Papst Johannes Paul II. bei dessen Deutschlandbesuch am Freitag, dem 21. Juni 1996, Flughafen Paderborn

Heiliger Vater,

ich freue mich sehr, Sie auf deutschem Boden begrüßen zu können. Mit mir begrüßen Sie viele tausend Menschen, die hier zusammengekommen sind. Aber nicht nur hier in Paderborn, in unserem ganzen Land freuen sich die Menschen über Ihren Besuch.

Als Sie 1987 zum letzten Mal nach Deutschland kamen, hat niemand ahnen können, welche politischen Umwälzungen uns allen bevorstanden.

Wenn Sie übermorgen in einem freien und geeinten Berlin durch das Brandenburger Tor gehen, werden Sie bemerken, daß die Spuren der Vergangenheit, die Trennung von Ost und West, inzwischen kaum noch zu erkennen sind.

Die Welt ist eine andere geworden. Wir Deutschen haben davon in besonderer Weise profitiert. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Dank für das zum Ausdruck bringen, was Sie, durch Ihr Amt und durch Ihre Person, zum Fall des Eisernen Vorhangs beigetragen haben. Ein großer Teil der Freiheitsbewegung im Osten Europas fand durch Sie Zuspruch und Hilfe.

Im Mittelpunkt Ihres Besuches steht die Seligsprechung zweier Deutscher. Sie haben als Priester dem nationalsozialistischen Regime Widerstand geleistet. Sie haben gezeigt, welche Kraft der Glaube gibt, zur Verteidigung der Rechte und der Würde des

Menschen. Pater Leisner und Probst Lichtenberg sind nicht nur Märtyrer der katholischen Kirche, sondern auch Vorbilder für alle Deutschen.

Heiliger Vater,

das Land, in das Sie heute wiedergekommen sind, ist das Land der Reformation. Katholische und evangelische Christen leben hier zusammen. Ich wünsche mir sehr, daß der Dialog zwischen den Kirchen intensiv und konsequent fortgesetzt wird, zum Wohle aller.

In unserem Land leben aber nicht nur Christen. Menschen der verschiedensten Religionen und Glaubensrichtungen wohnen hier oft Tür an Tür. Wir wissen – leider nicht nur aus der Geschichte –, daß unterschiedliche religiöse Überzeugungen zu Streit und sogar zu blutigen Auseinandersetzungen führen können. Wir wissen aber auch, welche friedensstiftende Kraft vom Glauben ausgehen kann. Das haben Sie vor einigen Jahren beim Friedensgebet in Assisi mit Vertretern aller Religionen in eindrucksvoller Weise gezeigt.

Ich hoffe sehr, daß Ihr Wirken und das Wirken aller Menschen, die sich von religiöser Überzeugung leiten lassen, zur Gerechtigkeit, zum Frieden und zur Verteidigung der Menschenwürde beitragen. Möge Ihr Besuch hier bei uns in diesem Sinne wirksam werden. Willkommen in Deutschland.

Papst würdigt den Kanzler: „Sie sind der Baumeister der Einheit Ihres Volkes“

Auszüge aus der Ansprache von Papst Johannes Paul II. am Brandenburger Tor:

„Herr Bundeskanzler, ich bin sehr glücklich über Ihre Anwesenheit. Sie sind der Baumeister der neugewonnenen Einheit Ihres Volkes. Sie haben die weltgeschichtliche Chance genutzt, 17 Millionen Landsleuten die Freiheit zu erringen und die Einheit des deutschen Volkes zu vollenden. Sie haben es gewagt, den Menschen Ihres Landes um der Einheit in Freiheit willen nicht geringe Opfer zuzumuten. Möge Gott Ihnen und Ihrem deutschen Vaterland die Kraft geben, dieses Werk zu vollenden . . .

An diesem so geschichtsträchtigen Ort fühle ich mich veranlaßt, . . . an das deutsche Volk, an Europa – das auch zur Einheit in Freiheit gerufen ist –, an alle Menschen guten Willens einen dringenden Appell für die Freiheit zu richten.

Möge dieser Appell auch jene Völker erreichen, denen bis heute das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird, jene nicht wenigen Völker – es sind sogar viele –, bei denen die Grundfreiheiten der Person – die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die politische Freiheit – nicht gewährleistet sind.

Ausbildungsplätze bereitstellen

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hat erneut die Wirtschaft gedrängt, ausreichend Lehrstellen zur Verfügung stellen. Er erwarte von den Unternehmen eine große Anstrengung, erklärte er auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes in Bonn.

Wie CDU-Generalsekretär Hintze über die Sitzung ferner mitteilte, geht der Kanzler davon aus, daß jeder Jugendliche, der eine Lehrstelle suche, auch einen entsprechenden Ausbildungsplatz erhalten könne. Die Schaffung von Lehrstellen sei eine „moralische Pflicht“, sagte Hintze.

Unterdessen wies der Zentralverband des Deutschen Handwerks Angaben zurück,

wonach in diesem Jahr etwa 100.000 Lehrstellen in Deutschland fehlen. Die Ausbildungssituation sei in diesem Jahr wahrscheinlich schwieriger, räumte Hauptgeschäftsführer Schleyer ein, doch werden nach seiner Schätzung im westdeutschen Handwerk mit rund 225.000 abgeschlossenen Lehrverträgen etwa genauso viele Auszubildende eingestellt wie im vergangenen Jahr.

Der Ehrenpräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), von Amerongen, forderte die Gewerkschaften auf, die Wirtschaft bei der Entwicklung neuer Lehrberufe „nicht länger zu boykottieren“.

Peter Hintze:

Nur Feinkorrekturen am Programm für Wachstum und Beschäftigung

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung war das zentrale Thema der Beratungen von Präsidium und Bundesvorstand der CDU am Montag, 24. Juni 1996, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Nach der Sitzung erklärte Generalsekretär Peter Hintze vor der Presse:

Wir sind entschlossen, das Programm geschlossen durchzusetzen. Wir werden das Paket nicht mehr aufschneiden, wir sind auch sicher, daß wir die notwendigen parlamentarischen Mehrheiten für dieses Programm haben. Jetzt geht es nur noch um Feinkorrekturen und Klarstellungen.

Zum Thema Feinkorrektur: Wir wollen im Bereich der neuen Kündigungsschutzregelung einen Vertrauensschutz über einen Zeitraum von mehreren Jahren einführen, damit diese neue Regelung sanft greift und nicht mit einem Stichtag, der sofort in Kraft träte.

Zu den Klarstellungen gehört, daß wir etwa bei der Selbstbeteiligung in der Lohnfortzahlung Dienst- und Arbeitsunfälle ausdrücklich ausnehmen. Das heißt also, bei Dienst- und Arbeitsunfällen soll die volle Lohnfortzahlung ohne eine eigene Selbstbeteiligung erfolgen.

Das sind Feinkorrekturen und Klarstellung im Programm. Es wird nicht wieder aufgeschnürt, und wir haben auch noch so eine Restzuversicht, daß die Sozialdemokraten im Bundesrat sich besinnen und nicht immer nur auf Blockade schalten, sondern ihre Verantwortung erkennen und ihren Beitrag mit dazu leisten, daß es nicht zur Verzögerung kommt und daß das Programm für mehr Wachstum und Beschäfti-

gung rasch greifen kann. Wenn wir uns das heute veröffentlichte Gutachten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft vor Augen führen, dann können wir feststellen, daß die Konjunkturaussichten im kommenden Jahr auch für unser Land optimistisch beurteilt werden. Dazu ist es aber notwendig, daß das Programm jetzt zügig umgesetzt wird und daß es greift.

Der Bundeskanzler hat deutlich gemacht, daß er von der Wirtschaft eine große Anstrengung im Blick auf die Ausbildungssituation erwartet. Ziel ist es, daß für jeden Jugendlichen, der einen Ausbildungsplatz sucht, auch ein Ausbildungsplatz da ist. Dies sei eine moralische Pflicht und zugleich ein Gebot der Vernunft und entscheidend auch für die Weiterentwicklung unseres Landes, weil eine gute berufliche Ausbildung eine wichtige Grundlage für eine stabile Wirtschaftsentwicklung ist.

Der Bundeskanzler hat in seinem Bericht auch den Papstbesuch gewürdigt und ihm als historisches Ereignis bezeichnet, als eine große Bedeutung für Deutschland und für das Zusammenwirken der Konfessionen.

Es ist außerdem über den nächsten Parteitag gesprochen worden, der vom 20. bis 22. Oktober 1996 in Hannover stattfinden wird. Im Mittelpunkt dieses Parteitages werden die beiden großen Zukunftsthemen stehen:

- Die Weiterentwicklung unseres Steuersystems und
- die Weiterentwicklung unseres Sozialsystems.

Die beiden Vorsitzenden der Parteikommisionen, Wolfgang Schäuble (Steuern)

Überraschende Daten

Konjunktur zieht an

Er stottert noch, aber er läuft wieder! Der Konjunkturmotor kommt ganz langsam auf Touren: Wirtschaftsinstitute und Experten sehen immer mehr Anzeichen für eine leichte Belebung der Wirtschaft.

Hinzu kommt eine weiter sinkende Inflationsrate. In Hessen rutschte sie auf 0,9 %, niedrigster Stand seit Anfang 1988.

Auch die ständigen Horrormeldungen über neue Massenentlassungen versiegen allmählich. Die Ruhrkohle AG, Siemens und IBM wollen in den nächsten Monaten sogar mehrere tausend neue Mitarbeiter einstellen.

Wichtiges Anzeichen für eine Konjunkturbelebung: Die Bundesbürger kaufen mehr Autos. Im Mai kamen 400 000 Neuwagen auf die Straßen, 5,3 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Damit wurden in den ersten fünf Monaten 8,6 % mehr Pkw zugelassen als von Januar bis Mai 1995.

Endlich stellen auch Konzerne wieder Leute ein: Erstmals in ihrer 30jährigen Geschichte schafft die Ruhrkohle AG insgesamt 4 000 mehr Jobs, als sie im Bergbau streicht. Siemens plant 3 000 neue Jobs, IBM 1 500.

Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel sieht die Flaute in den Industrieländern bald überwunden. Die Kieler Experten erwarten dieses Jahr 2 % Wachstum, nächstes Jahr 2,5 %. Davon werde auch die deutsche Wirtschaft profitieren.

Der Bundesverband Deutscher Banken sieht eine Verbesserung des Investitionsklimas und damit auch Chancen für eine konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte. Auch das Bonner Programm für Wachstum und Beschäftigung werde positive Impulse bringen.

Laut Bundeswirtschaftsministerium könnten „die konjunkturellen Auftriebskräfte bald wieder die Oberhand gewinnen“.

(aus „BILD“ vom 25. Juni 1996)

und Norbert Blüm (Sozialsystem), werden einen Zwischenbericht aus der Kommissionsarbeit geben, die dann auf dem Parteitag diskutiert werden.

Zum Schluß darf ich noch mitteilen, daß die CDU zum ersten Mal von ihrer statuari-schen Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, einen Auslandsverband der CDU zu genehmigen. Dieser Auslandsverband der CDU ist in Brüssel. Er besteht aus 200 dort organisierten CDU-Mitgliedern, die bei der Kommission oder im Umfeld ihre berufli-

che Tätigkeit gefunden haben, und die weiter in der CDU-Arbeit aktiv sein wollen.

Wir hatten auf unserem letzten Parteitag in Karlsruhe unser Statut dahingehend geändert, daß die Bildung eines solchen Auslandsverbandes mit Genehmigung des Bundesvorstands möglich ist. Die rechtliche Wirkung ist unter anderem, daß dieser Auslandsverband dann auch durch einen Delegierten auf dem Bundesparteitag vertreten ist, was dann zum ersten Mal in Hannover der Fall sein wird. ■

Wichtiger Schritt zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Nach jahrelangem Streit haben sich CDU/CSU und F.D.P. auf Eckpunkte zum Abhören mutmaßlicher Gangsterwohnungen geeinigt. Im Kampf gegen die auch in Deutschland weiterhin zunehmende organisierte Kriminalität und zur Aufklärung besonders schwerer Verbrechen ist es endlich gelungen, ein Stück des technischen Fortschritts in die Strafverfolgung einzubringen.

Lange genug wurde jeder Einsatz technischer Mittel zur Beweismittelgewinnung in Wohnräumen als Angriff auf die Grund- und Bürgerrechte dargestellt und damit eine Fortentwicklung der polizeilichen Aufklärungsmethoden im Rahmen der Strafverfolgung verhindert.

In fast allen europäischen Ländern ist der Einsatz elektronischer Aufklärungsmittel in Wohnungen zur Verbrechensbekämpfung zulässig. Hätte sich Deutschland auf Dauer diesen Ermittlungsmöglichkeiten verschlossen, wäre gerade für grenzüberschreitend tätige Banden ein Rückzugsraum entstanden, in dem sie relativ gefahrlos ihre Aktivitäten hätten planen und koordinieren können. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung im Bereich der organisierten Kriminalität wäre dieser Zustand für unsere Nachbarländer nicht länger tragbar gewesen.

Nachdem die Einsicht in die Notwendigkeit des Abhörens von Gangsterwohnungen gerade angesichts der Bedrohung durch immer raffiniertere und brutalere Verbrecherbanden gewachsen war, hat ein Mitgliederentscheid der F.D.P. Ende letzten Jahres das Startsignal für erfolgreiche Verhandlungen mit den Freidemokraten gegeben. Der in den letzten Wochen erzielte und mittlerweile von der Bundesregierung gebilligte Kompromiß sieht folgende Bedingungen

für die Wohnraumüberwachung zur Beweismittelgewinnung vor:

■ Voraussetzung für die Wohnraumüberwachung ist ein dringender Tatverdacht, wobei die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert sein muß.

■ Die Zulässigkeit des Einsatzes technischer Mittel wird auf das Abhören und Aufzeichnen des in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochenen Wortes begrenzt (keine Bildaufzeichnungen).

Von Norbert Geis, MdB, rechtspolitischer Sprecher CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Erwin Marschewski, MdB, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Anordnung der Wohnraumüberwachung erfolgt durch eine mit drei Richtern besetzte Strafkammer des Landgerichts. Die Eilkompetenz steht einem Richter zu.

Der Anordnungszeitraum beträgt höchstens vier Wochen und kann unter den selben Voraussetzungen um jeweils vier Wochen verlängert werden.

Die Maßnahme ist grundsätzlich nur in Wohnungen des Beschuldigten zulässig. In Wohnungen anderer Personen dürfen Abhörmaßnahmen ebenfalls durchgeführt werden, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß der Beschuldigte sich in diesen aufhält, die Ermittlungen in der Wohnung des Beschuldigten allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsorts des Täters führen und dies auf andere Weise aussichtslos oder erschwert wäre.

Die akustische Wohnraumüberwachung darf nur bei Verdacht auf bestimmte, im Gesetz einzeln genannte besonders schwere Straftaten angeordnet werden. Dieser Straftatenkatalog enthält u. a. Mord, Totschlag, Menschenraub, erpresserischer Menschenraub, schwerer Menschenhandel, besonders schwere Raubdelikte, Bandendiebstahl, gewerbsmäßige Hehlerei und schwere Drogenstraftaten.

Da der F.D.P.-Mitgliederentscheid nur das Abhören zum Gegenstand hatte und die F.D.P. auf eine Beschränkung der Überwachungsmaßnahmen auf akustische Mittel bestand, konnte eine optische Überwachung von Gangsterwohnungen nicht durchgesetzt werden. Aus Sicht der Unionsparteien kann aber auf kein technisches Mittel, das zur Bekämpfung der Kriminalität geeignet erscheint, verzichtet werden. Wir haben deshalb mit unserem Koalitionspartner vereinbart, daß die durch das Abhören gewonnenen Erfahrungen in einem angemessenen Zeitraum daraufhin geprüft werden, ob zusätzlich optische Überwachungsmaßnahmen weitere wesentliche Beiträge zur Aufklärung von Verbrechen leisten können.

Im Rahmen des mit der F.D.P. gefundenen Kompromisses wurde auch vereinbart, daß die Beamten des Bundeskriminalamtes zur Eigensicherung innerhalb einer Wohnung sowohl das nicht öffentlich gesprochene Wort abhören als auch Lichtbilder fertigen und Bildaufzeichnungen herstellen dürfen. Werden hierbei personenbezogene Informationen erlangt, die im Strafverfahren zu Beweis Zwecken für bestimmte besonders schwere Straftaten geeignet sind, können diese verwertet werden.

Durch eine umfassende Berichtspflicht der ermittlungsführenden Staatsanwaltschaften an die jeweils zuständige oberste Justizbehörde und einen jährlichen Bericht durch die Bundesregierung über die beantragten und durchgeführten Abhörmaßnahmen ist sowohl die justizinterne als auch die parlamentarische Kontrolle der Abhör-

maßnahmen in Wohnungen gesichert. Die von mancher Seite geschürten Ängste gegen den sogenannten „Lauschangriff“ auf den Bürger, sind nicht berechtigt. Die Beachtung rechtstaatlicher Grundsätze ist sowohl bei der Gewinnung, als auch bei der Verwertung von Erkenntnissen gewährleistet. Der Schutz des unbescholtenen Bürgers wird durch die verbesserten Aufklärungsmittel im Kampf gegen die organisierte Kriminalität vielmehr verbessert.

Trotz dieses Erfolges der Regierungskoalition, der ihre Handlungsfähigkeit im Bereich der inneren Sicherheit erneut unter Beweis stellt, dürfen die Erwartungen an den Einsatz technischer Mittel zur Beweissicherung in Wohnräumen nicht überspannt werden. Die akustische Wohnraumüberwachung ist nur ein Mosaikstein zur effektiven Verbrechensbekämpfung.

In die zentralen Strukturen des organisierten Verbrechens kann man nur mit wenigen Aufklärungsmitteln eindringen: neben Abhörmaßnahmen zählen hierzu verdeckte Ermittler und Kronzeugen. In diesen Bereichen besteht weiterer Prüfungsbedarf. Die Tätigkeit der verdeckten Ermittler spielt sich nach wie vor in einer rechtlichen Grauzone ab, die gesetzlichen Regelungen sind sehr lückenhaft. Kronzeugenregelungen für terroristische und organisiert begangene Straftaten existieren nur befristet und ohne flankierende Regelungen für einen wirksamen Zeugenschutz. Es besteht also kein Anlaß für die Politik, bei dem Erreichten stehenzubleiben.

Ferner sind Ergänzungen im Bereich der Geldwäsche und der Korruptionsbekämpfung sinnvoll und notwendig. Die Bundesregierung hat hierzu auf Initiative der Rechts- und Innenpolitiker der Union bereits Gesetzentwürfe verabschiedet, die in Kürze im Bundestag eingebracht und auf den Weg der parlamentarischen Beratung gebracht werden.

Fortsetzung nächste Seite

Union setzt sich durch Mehr Freiräume, mehr Flexibilität!

Alle Geschäfte dürfen künftig von Montag bis Samstag um 6 Uhr öffnen, Bäcker um 5.30 Uhr. Montags bis freitags können alle Läden bis 20 Uhr offen bleiben. Samstags dürfen die Geschäfte das ganze Jahr über bis 16 Uhr öffnen. Die langen Samstage bis 18 Uhr wird es in der Adventszeit weiter geben. Bäcker dürfen sonntags drei Stunden lang öffnen. Das Bäckerarbeitszeitgesetz wird aufgehoben, das Nachtbackverbot und Sonntagsbackverbot entfällt.

Chance für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die Flexibilisierung des Ladenschlußgesetzes ist eine Chance für mehr Wachstum und Beschäftigung. Mit der heutigen Entscheidung hat die Koalition unter Führung der Union ein deutliches Signal für mehr wirtschaftliche Flexibilität gesetzt und notwendige Freiräume geschaffen. Der Handel hat nun die Möglichkeit, dieses Plus an Flexibilität eigenverantwortlich zu nutzen.

Modernisierung des Ladenschlußgesetzes beschlossen

Das geänderte Ladenschlußgesetz ist zugleich ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine neue Dienstleistungsgesellschaft. Mit dieser notwendigen Veränderung verbindet sich die Chance auf steigende Um-

sätze und vor allem auf neue Arbeitsplätze, insbesondere auf Teilzeitarbeitsstellen. Das Münchner Ifo-Institut rechnet mit bis zu 50.000 neuen Arbeitsplätzen. Ein Blick nach Schweden zeigt die Chancen auf: Die dortigen Erfahrungen mit einem liberalisierten Ladenschlußgesetz machen deutlich, daß es nicht zu einer Gefährdung für Familienbetriebe und mittelständische Einzelhändler kommt, - im Gegenteil, gerade die kleinen Läden nutzen mit ihrer Flexibilität die neuen Möglichkeiten.

Mehr Zeit zu Einkauf und Preisvergleich

Die neuen Öffnungszeiten kommen den Wünschen der großen Mehrheit der Verbraucher entgegen. Es bleibt nun mehr Zeit, gemeinsam mit der Familie einzukaufen, Preis- und Qualitätsvergleiche anzustellen und vor allem das differenzierte Angebot des Fachhandels zu nutzen.

Generalsekretär Peter Hintze:

„Die Lockerung des Ladenschlußgesetzes ist von großer symbolischer und tatsächlicher Bedeutung. Deutschland setzt damit ein Zeichen in Richtung Dienstleistungsgesellschaft.“

Die Neuregelung nutzt dem Verbraucher, schafft neue Beschäftigungschancen und wird zu mehr Umsatz im Einzelhandel führen. Mit der neuen Ladenschlußregelung ist der ordnungspolitische Sündenfall aus dem Jahr 1956 korrigiert.“

Nur im Zusammenwirken dieses Bündels von Maßnahmen wird es uns gelingen, den Anstieg der Kriminalität zu stoppen und dem Entstehen mafioser Strukturen in Deutschland entgegenzuwirken. Nur ein starker Rechtsstaat kann

seine Bürger ausreichend schützen. Nach der Verständigung von CDU/CSU und F.D.P. ist nunmehr die SPD gefordert; sie darf sich notwendigen Verbesserungen bei der Verbrechensbekämpfung nicht verschließen.

Organisationsstruktur an neue Herausforderungen anpassen

Anlässlich der Beratungen im Innenausschuß des Deutschen Bundestages zur Änderung der Organisationsstruktur des Bundesgrenzschutzes erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski:

Nachdem der Innenausschuß bereits im Juni und September 1995 die Neustrukturierung des Bundesgrenzschutzes beraten hatte, erörtert er heute erneut den Fortgang der Planungen zur Änderung der Organisationsstruktur des BGS, dem bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit wachsende Bedeutung zukommt.

Der Bundesgrenzschutz ist seit der Wiedervereinigung 1990 zu einer modernen Polizei mit breitem Aufgabenspektrum in den Bereichen Grenzpolizei, Bahnpolizei, Luftsicherheit, Objektschutz und Polizeiverbände weiterentwickelt worden. Er verfügt heute über eine Personalstärke von über 28.000 Polizeivollzugskräften; hinzu kommen 5.400 Polizeivollzugsbeamte in der Ausbildung, insgesamt beschäftigt der BGS rund 40.000 Mitarbeiter.

Die Aufgabensituation des BGS hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Mit der deutschen Wiedervereinigung, der Auflösung des Warschauer Pakts und der Schaffung des Schengen-Raums hat sich ein tiefgreifender Wandel in seinem Aufgabenprofil vollzogen. Die Aufgabe der BGS-Verbände an der abgeschotteten ehemaligen innerdeutschen Grenze ist entfallen. Statt dessen hat bei offenen Grenzen die einzeldienstlich wahrzunehmende Aufgabenkomponente des BGS massiv zugenommen.

Auch in den einzeldienstlichen Aufgabebereichen der Bahnpolizei und Luftsicher-

heit ist es erforderlich, sich den Verlagerungen der Aufgabenschwerpunkte und neuen Rahmenbedingungen wie einem veränderten Kriminalitätslagebild und der Eisenbahnstrukturreform zu stellen und die bestehenden Formen der Aufgabewahrnehmung anzupassen. Schließlich ist der BGS durch polizeiliche Sonder- und Großlagen auch zur Unterstützung der Länderpolizei stark beansprucht.

Vor diesem Hintergrund sind strukturelle, personalwirtschaftliche und sächliche Anpassungsmaßnahmen im BGS erforderlich. Hierbei gilt es namentlich der Grenz-sicherung wegen ihrer strategischen Bedeutung für die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und der grenzüberschreitenden Kriminalität eine hohe Priorität zukommen zu lassen. So sind derzeit an der Ostgrenze für Polizeivollzugsbeamte 4.685 Dienstposten vorhanden. Weitere 1.500 Beamte werden zusätzlich benötigt.

Auch an der deutschen Westgrenze hat der BGS nach Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens noch die polizeiliche Aufgabe der Grenzüberwachung, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Hier wurde ein „Sicherheitsschleier“ im Binnengrenzraum von Bund und Ländern errichtet, an dem der BGS mit 500 Polizeivollzugsbeamten beteiligt ist.

Weitere 3.256 Polizeivollzugsbeamte nehmen die Aufgaben der Grenzpolizei und der Luftsicherheit auf den größeren deutschen Flughäfen wahr (Ausnahme: Flughäfen in NRW). Ein Mehrbedarf an Polizeivollzugsbeamten ist hier nicht absehbar, würde jedoch entstehen, wenn der BGS diese Aufgaben auch in NRW erfüllen müßte.

Freifahrt für Behinderte nicht gefährdet

Entgegen anderslautenden Verlautbarungen in den Medien steht die derzeitige Regelung im Schwerbehindertengesetz, wonach die in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich beeinträchtigten Schwerbehinderten im öffentlichen Personennahverkehr „kostenlos“ befördert werden, nicht auf dem Prüfstand. „Hier werden unseriös recherchierte Meldungen verbreitet, die an der Sache völlig vorbeigehen und behinderte

Menschen ohne Not verunsichern“, so der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Otto Regenspurger. Auch die Finanzminister der Länder hatten die Freifahrt bei ihrer Konferenz in Merseburg nicht auf der Tagesordnung. Regenspurger: „Es dient nicht der Sache, wenn große Betroffenenverbände vor Leistungskürzungen warnen, die politisch nie ernsthaft diskutiert wurden.“

Im bahnpolizeilichen Bereich sollen die großen Bahnhöfe als aktuelle polizeiliche Schwerpunktbereiche eine hinreichende Personalausstattung erhalten, gleichzeitig aber der Rückzug aus der Fläche vermieden werden. Aus den bisherigen Erfahrungen der bahnpolizeilichen Praxis und unter Berücksichtigung der veränderten kriminalgeographischen Verhältnisse ergibt sich, daß auf den Bahnhöfen und den Strecken zusätzlich 750 Polizeivollzugsbeamte unbedingt erforderlich sind.

Die zusätzlichen vom BGS übernommenen Aufgaben verlangen jedoch nicht allein eine Personalmehrung. Geboten ist die Neustrukturierung von Basisdienststellen und der Ämter in den einzeldienstlichen Aufgabefeldern Grenzsicherheit, Luftsicherheit und Bahnpolizei. Auf der untersten Ebene (Ortsebene) sollen im Interesse der Kräftebündelung die BGS-Kräfte in Inspektionen zusammengefaßt werden, die grundsätzlich alle einzeldienstlichen Aufgaben in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich wahrnehmen.

Um auch auf Ämterebene dieselben Effizienzsteigerungen und Synergieeffekte durch Kräftezusammenfassung wie bei den Inspektionen auf Ortsebene zu erzielen, werden weitergehend als bisher alle einzeldienstlichen Aufgaben in einem räumlichen Zuständigkeitsbereich eines Amtes bei diesem angesiedelt. Insgesamt

werden zur polizeilichen Führung der Inspektionen voraussichtlich 20 Ämter (derzeit 18 Ämter) erforderlich sein.

Die Neustrukturierung des BGS hat wesentliche Auswirkungen schließlich auch auf die Einsatzverbände des BGS, deren Zahl (21) auf rund die Hälfte halbiert werden kann, wenn sie – anders als bisher – für einzeldienstliche Unterstützungsverwendungen grundsätzlich nicht mehr herangezogen werden.

Wir stimmen dem Konzept von Innenminister Kanther für die Neustrukturierung zu.

Die Umgestaltung der existierenden BGS-Organisation wird die Umsetzung von mehreren tausend Bediensteten (rund 4.700 Polizeivollzugsbeamten und 1.100 Zivilpersonen) zur Folge haben, zumal einzelne Standorte, über die noch nicht entschieden wurde, aufgegeben werden müssen. Wir werden uns zugleich dafür einsetzen, daß das vorgesehene personalwirtschaftliche Konzept – wie vom Bundesinnenminister beabsichtigt – soziale Gesichtspunkte berücksichtigt. Denn ihnen ist ebenso Rechnung zu tragen, wie wir das Ziel verfolgen müssen, den Bundesgrenzschutz so fortzuentwickeln, daß er auch in Zukunft seinen Beitrag leisten kann, die Innere Sicherheit und den Rechtsfrieden in unserem Land wirkungsvoll zu gewährleisten.

Bundesminister Friedrich Bohl

Deutschland ist keine Insel der Seligen

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze muß deutlicher im internationalen Rahmen gesehen werden. Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sind auch den Gewerkschaftsspitzen wohl bewußt. Den Menschen muß aber auch von dieser Seite endlich die Wahrheit gesagt werden. Der Standort Deutschland hat sich in einem immer härter werdenden Wettbewerb zu behaupten. Die Konkurrenz um Standortinvestitionen und Arbeitsplätze nach dem Ende der europäischen Teilung machen tiefgreifende Veränderungen in unserem Land notwendig. Deutschland ist keine Insel der Seligen.

Viele Länder stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Dabei werden z.T. weit tiefgreifendere Maßnahmen getroffen, als sie bei uns vorgesehen sind. Schweden kürzt die Volksrenten, schränkt die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall drastisch ein, führt einen Karenztag ein und senkt das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe ab.

Frankreich kürzt aufgrund einer neuen Berechnungsgrundlage die Rentenbezüge. Außerdem ist vorgesehen, den Eigenanteil der Versicherten bei Krankenhausaufenthalten weiter zu erhöhen. Großbritannien setzt das Renteneintrittsalter für Frauen herauf.

Auch wir müssen mit klaren Korrekturen den Kurs neu bestimmen und die Weichen auf mehr Beschäftigung stellen. Dazu haben wir ein Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossen, das Punkt für Punkt umgesetzt wird. Im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft müssen Ar-

beitskosten in Deutschland verringert, Einstellungshemmnisse abgebaut und unser Steuerrecht wachstumsfreundlicher werden. Arbeitsplätze werden dadurch gesichert und geschaffen, daß der Staat mithilft, die Beiträge für die Sozialversicherungen zu begrenzen und damit die Kosten der Arbeit zu verringern, daß der Staat die Haushalte konsolidiert und Steuerersenkungen möglich macht.

Für den 5. Juli haben die Bundesländer die Präsentation eigener Sparvorschläge für die Landeshaushalte angekündigt. Sie werden genau in die gleiche Richtung wie beim Bund gehen. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Frau Simonis (SPD) spricht selbst von einem Sparvolumen in Höhe von 25 Mrd. DM. Ihr Finanzminister sieht sogar einen Einsparbedarf von 37 Mrd. DM. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, daß die Akzeptanz für das Programm der Bundesregierung weiter wachsen wird.

Wenn wir nichts verändern, werden eines Tages die grundlegenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft sehr viel schwerwiegendere soziale Folgen haben, als wenn wir jetzt schrittweise vorgehen. In der früheren DDR hat man 40 Jahre lang nichts gemacht, keine Veränderungen herbeigeführt. Als man sich dem Weltmarkt ausgesetzt sah, wurden plötzlich eruptive Veränderungen notwendig. Unsere Gesellschaft kann nur dann eine Zukunft haben, wenn sie behutsam, aber ständig auf die globalen Herausforderungen weltweit reagiert und sich an den Weltmarkt anpaßt. Das ist unsere Aufgabe. ■

Schuldenmacher Schröder: Niedersachsens Kommunen in Not

„Auf der Grenze ihres Zusammenbruchs“ – mit diesen Worten kommentierte selbst ein führender SPD-Repräsentant wie der niedersächsische Landtagspräsident Horst Milde die katastrophale Lage der kommunalen Finanzen im Land. Infolge des beispiellosen Raubzuges der SPD-Landesregierung unter Gerhard Schröder durch die Kassen von Gemeinden, Städten und Landkreisen belief sich 1995 deren Defizit auf rund 3,5 Mrd. DM. 1996 werden es 4,7 Mrd. DM und 1997 fast 13 Mrd. DM sein. Die Welt am Sonntag (24. 9. 1995) titelte hierzu: „Wie Gerhard Schröder Niedersachsens Kreise und Städte in den Ruin treibt“.

Kein Wunder, daß in den niedersächsischen Gemeinden die Zeichen auf Sturm stehen: 1994 wurden den Kommunen allein beim kommunalen Finanzausgleich vom Land 753 Mio. DM, ein Jahr später sogar 1 213 Mio. DM vorenthalten. In diesem Jahr werden die Kommunen wegen der Eingriffe des Landes sogar Mindereinnahmen in Höhe von 1 521 Mio. DM verkraften müssen. Die Zahlungen der niedersächsischen Landesregierung an die Kommunen im Rahmen des kommunalen

Finanzausgleichs sind – trotz höherer Steuereinnahmen des Landes – im Zeitraum von 1989 bis 1996 um rund zwei Prozent gesunken. Während alle anderen Bundesländer den kommunalen Finanzausgleich erhöht haben, hat Niedersachsen als einziges Bundesland seine Zahlungen reduziert. Die FAZ hat dies als Beschaffungskriminalität bezeichnet.

Und noch ein Sonderopfer für die Landeskasse

Schröder und die SPD haben die niedersächsischen Kommunalfinanzen herabgewirtschaftet: „Wir stehen in den Städten und Gemeinden am Anfang einer Finanzsituation, wie wir sie nach 1945 noch nicht kennengelernt haben“, beschrieb Wulf Haack, der Geschäftsführer des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, die Lage der Kommunen. Die Politik Gerhard Schröders, die zum Ausbluten der kommunalen Finanzen führt, findet 1996 erneut einen traurigen Höhepunkt: Die Kommunen müssen für das Land ein weiteres Sonderopfer in Höhe von 500 Mio. DM bringen.

Seniorenunion NRW: Alo Hauser in seinem Amt bestätigt

Mit über 71 Prozent wurde Alo Hauser in Werl bei Soest am 12. Juni auf dem 9. Landesdelegiertentag der Senioren-Union NRW in seinem Amt bestätigt. Der langjährige Bundes- und Landtagsabgeordnete ist nun in

der dritten Legislaturperiode Landesvorsitzender der größten Landesvereinigung der Senioren-Union mit über 21.000 Mitgliedern. Hauser (Bonn) ist auch Stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union.

Bundestag beschließt Gesetz zum gleitenden Übergang in den Ruhestand

Der Bundestag hat am Freitag, 14. 6. 1996, in 2. und 3. Lesung das Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand beraten und beschlossen.

„Jetzt kommt es darauf an, daß die Unternehmen sich unverzüglich in ihrer Personalpolitik und Planung auf die Neuregelungen einstellen“, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. „Zu lange sind zu viele ältere Arbeitnehmer vor allem aus Großbetrieben vorzeitig ausgeschieden. Das belastete nicht nur die Rentenversicherung, sondern auch das Selbstwertgefühl der älteren Arbeitnehmer.“

Ein Wandel dieser Praxis setzt einen Mentalitätenwechsel voraus: Die Betriebe brauchen ältere Arbeitnehmer. Ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrung sind wertvoll und nützlich. Jetzt sind Einfallsreichtum und Phantasie bei Unternehmensleitungen und Betriebsräten gefragt, Altersteilzeit gegen Frühverrentung zu setzen. Dies kommt dem Wunsch der älteren Arbeitnehmer entgegen, erhöht die Chancen jüngerer auf einen Arbeitsplatz und ist nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung.“

Blüm begrüßte, daß bereits erste Tarifverträge zur Umsetzung des Gesetzes in den Betrieben vorliegen. „Die Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie haben bereits im März einen Tarifvertrag zur Förderung der Altersteilzeit vereinbart. Die Tarifpartner in der Papierindustrie sind diesem Beispiel gefolgt. Diese Tarifabschlüsse belegen, daß ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hat. Sie haben ein deutliches Signal für andere Wirtschaftsbereiche gesetzt.“

I. Förderung der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer

Ein Kernpunkt des Gesetzes ist die Förderung der Teilzeitbeschäftigung älterer Arbeitnehmer (Altersteilzeitarbeit). Das Gesetz schafft für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Rahmenbedingungen für Vereinbarungen über Altersteilzeitarbeit. Die Bundesanstalt fördert die Teilzeitarbeit von Arbeitnehmern, die ihre Arbeitszeit nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf die Hälfte vermindern. Wie die Arbeitszeit verteilt wird, bleibt den Arbeitsvertragsparteien überlassen. Der ältere Arbeitnehmer kann täglich mit verminderter Stundenzahl, oder an bestimmten Tagen der Woche oder im wöchentlichen oder monatlichen Wechsel arbeiten. Im Gesetzgebungsverfahren wurden die Möglichkeiten zur Verteilung der Arbeitszeit auf einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erweitert.

**Norbert Blüm:
Mit Einfallsreichtum und
Phantasie neue Altersteilzeit-
Arbeitsplätze schaffen**

Stockt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer das Teilzeitarbeitsentgelt um 20 Prozent auf und entrichtet er Aufstockungsbeiträge zur Rentenversicherung auf der Basis von 90 Prozent des Vollzeitarbeitsentgelts, so erstattet die Bundesanstalt für Arbeit dem Arbeitgeber diese Leistungen. Zahlt der Arbeitgeber höhere als die genannten Beiträge, erstattet die Bundesanstalt die Leistungen in Höhe der Mindestleistungen. Der Aufstockungsbetrag in Höhe von 20 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts ist steuer- und sozialabgabenfrei, so daß der altersteilzeitarbeitende Arbeitnehmer in

der Regel mindestens 70 Prozent des ehemaligen Vollzeitnettoarbeitsentgelts erhält. Soweit in unteren Lohngruppen 70 Prozent nicht erreicht werden, ist der Aufstockungsbetrag entsprechend höher.

Voraussetzung für die Erstattung durch die Bundesanstalt ist ferner, daß der infolge der Altersteilzeit freiwerdende Arbeitsplatz durch die Einstellung eines Arbeitslosen oder die Übernahme eines Ausgebildeten wiederbesetzt wird. Die Leistungen der Bundesanstalt werden für bis zu fünf Jahre gewährt und zwar längstens bis zum frühestmöglichen Bezug einer Altersrente ohne Minderung. Förderleistungen erbringt die Bundesanstalt für Arbeitnehmer, die in den nächsten fünf Jahren mit der Altersteilzeit beginnen.

Die Altersteilzeit ist auch Grundlage für die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen der neuen Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit.

II. Regelungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung

1. Die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit wird in eine „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit“ umgestaltet. Die Anspruchsvoraussetzungen können alternativ erfüllt werden durch Arbeitslosigkeit (wie nach geltendem Recht) oder durch eine mindestens 24monatige Altersteilzeitarbeit im Sinne des Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Hierbei kommt es nicht darauf an, daß während dieser Zeit Förderleistungen der Bundesanstalt für Arbeit erbracht worden sind. Die neue Altersrente kann, wie alle Altersrenten, als Vollrente oder Teilrente kombiniert mit Teilzeitarbeit in Anspruch genommen werden.

2. Die Altersgrenze für die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Alters-

teilzeitarbeit wird in den Jahren 1997 bis 1999 in Monatsschritten von 60 auf 63 Jahre angehoben. Für diese Renten wird damit die ohnehin ab dem Jahr 2001 aufgrund des Rentenreformgesetzes vorgesehenen Anhebung der Altersgrenzen vorgezogen. Die Anhebung wirkt sich wie folgt aus:

Tabella

3. Eine vorzeitige Inanspruchnahme der „Rente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit“ ab Vollendung des 60. Lebensjahres ist weiterhin möglich. Um die hierdurch verlängerte Rentenbezugsdauer auszugleichen, fällt die monatliche Rente für jeden vorgezogenen Rentenmonat um 0,3 Prozent (3,6 Prozent pro Jahr) niedriger aus.

4. Die sich durch die längere Rentenbezugsdauer ergebende Minderung der monatlichen Rente kann durch zusätzliche Beitragszahlungen abgemildert oder ausgeglichen werden. Hierfür können und sollten auch Sozialplanmittel eingesetzt werden. Die zusätzlichen Beitragszahlungen können bereits vor Vollendung des 60. Lebensjahres erbracht werden. Ab Vollendung des 65. Lebensjahres ist diese Möglichkeit ausgeschlossen. Die zusätzlichen Zahlungen werden jeweils wirksam, wenn eine Neuberechnung der Rente erfolgt (erstmaliger Rentenbezug, Wechsel der Rentenart, Wechsel von Teil- in Vollrente), spätestens also mit Bezug einer Regelaltersrente ab 65.

5. Von der Anhebung der Altersgrenze für die „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit“ sind aus Gründen des Vertrauensschutzes Versicherte ausgenommen, die vor dem 14. Februar 1996 das 55. Lebensjahr vollendet haben und die an diesem Tag bereits arbeitslos waren oder deren Arbeitsverhältnis aufgrund einer vor dem 14. Februar 1996 er-

Versicherte (Geburtsmonat/ -jahr)	Vollendung des 60. Lebensjahres:	Altersgrenze angehoben auf:	Höhe der Rentenminde- rung bei Rente ab 60:
Dezember 1937	Ende 1997	61	3,6 %
Dezember 1938	Ende 1998	62	7,2 %
Dezember 1939	Ende 1999	63	10,8 %

folgten Kündigung oder Vereinbarung beendet wird und die daran anschließend arbeitslos werden (für den Montanbereich gibt es aus EG-rechtlichen Gründen Sonderbestimmungen). Einer vor dem 14. Februar 1996 abgeschlossenen Vereinbarung über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses steht eine vor diesem Tag vereinbarte Befristung des Arbeitsverhältnisses oder Bewilligung einer befristeten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gleich.

Ein bestehender Vertrauensschutz wird insbesondere durch die spätere Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses oder den Eintritt in eine neue arbeitsmarktpolitische Maßnahme nicht berührt.

Für die vom Vertrauensschutz in der Rentenversicherung erfaßten Personen sind

auch die geltenden Regelungen in der Arbeitslosenversicherung über Dauer des Anspruchs, Anrechnung von Abfindungen und Erstattung von Leistungen weiter anzuwenden.

III. Finanzielle Wirkungen

Nach dem Gesetzentwurf ergeben sich für die Rentenversicherung bis zum Jahr 2003 Einsparungen in Höhe von insgesamt rund 17 Mrd. DM, ansteigend von 0,5 Mrd. DM (1998) auf 5,5 Mrd. DM (2003). Diese Beiträge sind als Einsparungen gegenüber dem geltenden Recht zu verstehen. Die Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrauensschutz ergeben sich nach dem geltenden Recht und würden auch ohne Neuregelung anfallen.

Vertrauensschutz für ältere Frauen

Die frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, erklärte zur vorgesehenen Änderung der Anhebung des Renteneintrittsalters für Frauen:

Die intensiven Bemühungen gerade in den letzten Tagen, beim Renteneintrittsalter für ältere Frauen den Vertrauensschutz stärker zu berücksichtigen, waren erfolgreich. Der Einstieg in die stufenweise Anhebung der Altersgrenze für Frauen wird von 1997 auf das Jahr 2000 verschoben. Das Ziel, das Renteneinstiegialter auf 65 Jahre

anzuheben, wird im Jahre 2005 erreicht. Diese gegenüber dem bisherigen Gesetzentwurf vorgesehene Änderung gibt den Frauen die Möglichkeit, sich besser auf die neue Situation einzustellen und Vorsorge zu treffen.

Es ist besonders wichtig, daß gerade die älteren Frauen, die bereits ihre Lebensplanung fest darauf ausgerichtet haben, mit 60 Jahren in Rente zu gehen, nicht zusätzlich benachteiligt werden. Denn bei vorzeitigem Eintritt in den Ruhestand hätten sie die vorgesehenen Abschläge von 3,6 Prozent pro Jahr hinnehmen müssen.

Aufbau Ost vorantreiben

Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In den zurückliegenden sechs Jahren ist Deutschland auf dem Weg zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit ein unübersehbares Stück vorangekommen. Diese erheblichen Fortschritte im Prozeß der inneren Freiheit wurden vor allem durch Aufbauwillen, Flexibilität und Veränderungsbereitschaft der Menschen im Osten und durch die Solidarität des Westens ermöglicht. Die Strategie der Koalition für den Aufbau Ost hat sich als grundsätzlich richtig erwiesen. Angesichts der desolaten Hinterlassenschaft der DDR ist die heutige Bilanz eindeutig positiv.

Trotz der erheblichen Aufbauleistungen der vergangenen Jahre ist das Ziel noch nicht erreicht. Der Anteil der neuen Länder an der Wertschöpfung in Deutschland ist zu gering. Die Steuereinnahmen im Osten erreichen nur knapp 40 % des Länderdurchschnitts. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt im Osten weit über der des Westens. Heute, sechs Jahre nach der Vereinigung, wissen wir, daß die Anpassung länger dauern wird und einschneidender ist, als wir alle zu Beginn erwarteten. Der weitere Weg zur Vollendung der deutschen Einheit wird nicht weniger schwierig sein als die bereits zurückgelegte Strecke. Er mutet den Menschen im Osten weitere Härten zu, er erfordert von den Menschen im Westen weiterhin Bereitschaft zur Solidarität. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die neben konjunkturellen vor allem strukturelle Ursachen hat, muß

alles daran gesetzt werden, die Wirtschaftskraft Gesamtdeutschlands zu stärken und Unterschiede zwischen Ost und West nicht wieder größer werden zu lassen, sondern sie in möglichst kurzer Zeit zu verringern.

Die Bundesregierung und die sie tragende Koalition verfolgten mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 sowie des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 von Anfang an klare Ziele für den Aufbau der neuen Länder, u. a.:

- Einführung der D-Mark
- Einführung der Sozialen Marktwirtschaft
- Möglichst rasche Entwicklung einer leistungsfähigen modernen Infrastruktur
- Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch die Förderung privater Investitionen und die Gestaltung von Bedingungen, in denen sich neue Unternehmen entwickeln konnten
- Privatisierung und Sanierung der ehemaligen Staatsunternehmen durch die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeorganisationen
- Sofortige Einbeziehung der Bürger in die sozialen Sicherungssysteme
- Massiver Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Abmilderung des zunächst mit hohen Beschäftigungsverlusten verbundenen Umstrukturierungsprozesses und zur Anpassung der beruflichen Qualifikation
- Neuordnung der Eigentumsverhältnisse u. a. durch Vermögensgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz

- Aufbau von Verwaltung und Justiz
- Abbau von Investitionshemmnissen wie z. B. ungeklärte Eigentumsverhältnisse und ökologische Altlasten

● Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit, bevor die neuen Länder in den Länderfinanzausgleich einbezogen wurden.

Für die Transformation von der Diktatur in die Demokratie, von der Planwirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft gab es weder Erfahrungen noch Patentrezepte. Aus heutiger Sicht zeigt sich klar, daß aufgrund von Fehleinschätzungen der Ausgangslage und angesichts des großen Zeit- und Handlungsdrucks Fehler gemacht wurden. Manche Gesetzesbestimmungen wurden einfach übertragen, ohne der ostdeutschen Situation gerecht zu werden.

Der Aufbau von Verwaltung und Justiz hat länger gedauert als erwartet. Der Verlust an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten war zu gravierend. Der Zusammenbruch der osteuropäischen Märkte wurde nicht früh genug in allen Konsequenzen erkannt. Erkennbare Fehlentwicklungen sind im Laufe des Prozesses immer wieder von der Koalition korrigiert worden. Der Bund ist seiner Verantwortung für den Aufbau Ost in hohem Maße politisch und finanziell gerecht geworden. Das finanzielle Engagement der westdeutschen Länder ist dagegen lange Zeit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben.

Folgenreich war die Entwicklung der Lohnpolitik. Unter dem Einfluß von Tarifpartnern aus dem Westen ist in Ostdeutschland eine zu schnelle Anpassung der Löhne an das Westniveau vereinbart worden, die weit über die Produktivitätsfortschritte hinausging. Dies hat die Arbeitslosigkeit im Osten noch weiter erhöht und den Menschen eine noch größere Flexibilität aberlangt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich unverändert zu dem Ziel, eine sich selbsttragende Wirtschaft in den neuen Bundeslän-

dern aufzubauen, die Investitionen und Arbeitsplätze aus eigener Leistung sichert. Nur so sind die Voraussetzungen gegeben, um die notwendige weitere Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.

2. Vom Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung wird auch die wirtschaftliche Entwicklung im Osten durch mehr Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze profitieren.

Ohne eine Erhöhung der wirtschaftlichen Wertschöpfung und Verbesserung der Produktivität kann es in den neuen Ländern keinen selbsttragenden Aufschwung geben.

Der Bundestag begrüßt deshalb, daß die Bundesregierung trotz schwieriger gewordener Finanzlage an der Notwendigkeit erheblicher Transferleistungen für den Osten bis zur Erreichung dieses Ziels keinen Zweifel läßt und auch an der Fortführung des Finanztransfers trotz der Rückführung des Solidaritätszuschlags festhält.

Das Hauptziel der Förderung des Ostens muß in der Stärkung der Wachstumskräfte, der wirksamen Unterstützung des Mittelstandes sowie in der Verbreiterung der wirtschaftlichen – besonders der industriellen – Basis bestehen.

Ein bedeutsames Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufschwung sind die hohen Lohnstückkosten. Hier ist es erforderlich, daß Tarifparteien, Unternehmen und Belegschaften verstärkt durch eine differenzierte, der Leistungsfähigkeit der Unternehmen angemessene Lohn- und Tarifpolitik ihren Beitrag zur notwendigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen leisten, wenn staatliche Förderung nicht ins Leere laufen soll.

Da in den neuen Ländern vielerorts besondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unverzichtbar bleiben, ist bei der Umsetzung der geplanten Einsparungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit auf ein

Bauverbände setzen wichtiges Signal

Die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, erklärte zum Austrittsbeschuß des Hauptverbandes der Bauindustrie und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes aus der BDA:

Der Austritt der Bauindustrie und des Bauhandwerks aus dem Arbeitgeberverband bekräftigt den Willen der Bauarbeitgeber, das Entsendegesetz und damit tarifliche Mindestlöhne für Bauarbeiter aus EU-Ländern endlich auf dem deutschen Bauproduktmarkt anzuwenden. Sollten Bauwirtschaft und Baugewerkschaft nun gemeinsam eine neue tarifliche Lösung finden, ist der BDA zu raten, dem neu ausgehandelten Kom-

promiß im Tarifausschuß zuzustimmen. Dadurch bliebe auch zukünftig eine weitere Zusammenarbeit von Bauwirtschaft und Arbeitgeberverband möglich. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Bau sollte die BDA mehr Beweglichkeit zeigen und nicht weiter auf den geforderten Mindestlohn von 15 DM bestehen. Die Koalition hat mit dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Entsendegesetz für eine Angleichung der Löhne auf dem Bau den Rahmen gesetzt, den die Tarifpartner nun mit einem Lohnkompromiß ausfüllen müssen.

Sicher ist: Ein gesetzlicher Mindestlohn kommt nicht in Frage. Die Tarifautonomie soll unangetastet bleiben.

differenziertes Vorgehen zu achten, das die besonderen Problemlagen des ostdeutschen Arbeitsmarktes berücksichtigt.

Trotz beachtlicher Leistungen bei der Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft und umfangreicher Förderung industrienahe Forschung sind die Innovationskapazitäten nach dem Strukturwandel der letzten Jahre im Osten weit geringer als im Westen. Ein Ausgleich dieser Situation dient der Stärkung der Wachstumskräfte und bleibt deshalb unverzichtbar.

Der Deutsche Bundestag erkennt die Leistungen der Bundesregierung beim Aufbau an, insbesondere hält er folgende Aufgaben auch in den kommenden Jahren für besonders wichtig:

- Zielgerichtete Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft durch eine Innovationsinitiative Ost
- Fortführung der Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung bzw. Konsolidierung der Unternehmen in den neuen Ländern

● Nachhaltige Investitionsförderung, um die Ansiedlungsbedingungen in den neuen Ländern, insbesondere in Problembereichen und -regionen, attraktiv zu gestalten

● Zielgenaue Anwendung der steuerlichen Förderung nach dem Fördergebietsgesetz – wie im JahressteuerG 1996 vorgesehen

● Planmäßige Fortsetzung des Ausbaus der Infrastruktur

● Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, insbesondere auch für innovative Vorhaben, neue Produkte und Dienstleistungen

● Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die private Vermögensbildung angesichts des großen Nachholbedarfs. Der Deutsche Bundestag erwartet von den Tarifpartnern, daß sie in ihren Vereinbarungen die Voraussetzungen für eine stärkere Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer schaffen.

Nachwuchs- und Eliteförderung sind im Sport unverzichtbar

Die Olympischen Spiele von Atlanta werfen ihre Schatten voraus. Tausende von Sportlerinnen und Sportlern haben sich auf diesen einmaligen Höhepunkt ihrer Karriere zielgerichtet und intensiv vorbereitet. Trainer und Betreuer hoffen, daß ihre Konzeptionen und Vorbereitungen den Sportlerinnen und Sportlern zum Erfolg verhelfen. Millionen von Zuschauern werden gebannt die Wettkämpfe verfolgen, sich mit den Erfolgreichen identifizieren und den Erfolg als eigene, zumindest aber als nationale Leistung feiern.

Oftmals wird von den Unsummen Geld gesprochen, die im Sport verdient werden, ohne daran zu denken, daß es nur ganz wenige sind, denen die materiellen Segnungen zum Lebensunterhalt reichen. Die meisten unserer Spitzenathleten haben ihre Karriere, ihre persönlichen Belange hintenan gestellt, Entbehnungen auf sich genommen, um ihr sportliches Ziel zu erreichen.

Mehr Solidarität im Sport wäre vonnöten. Wer Hunderte von Millionen für seine Leistungen von den Medien einfordert und auch erhält, wer Sponsorenverträge in Millionenhöhe abschließt, der sollte nicht vergessen, wer ihn auf dem Weg zu dieser Leistung unterstützt, ihm geholfen und wem er schließlich seine Karriere zu verdanken hat. Doch Solidarität im Erfolg ist im Sport leider viel zu selten.

Wer an den Leistungen anderer partizipieren will, wer damit Ja zur Leistung und Elite sagt, der muß auch Ja sagen zur frühzeitigen Förderung von Talenten und den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Der Weg der Nachwuchs- und der Elite-

förderung muß konsequent betrieben werden. Sonst werden wir uns in einigen Jahren bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften nicht oder nur noch in Ausnahmefällen mit unseren Leistungsträgern identifizieren können, weil es sie nicht mehr in dem Maße gibt. Ohne Nachwuchssportler kommt der Sport nicht aus. Leistungssport im Kindes- und frühen Jugendalter ist Voraussetzung für den Spitzensport.

Von Klaus Riegert, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Talenterkennung und Nachwuchsförderung fängt spätestens in der Grundschule an. Das Vorhaben einiger Länder, den Schulsport auf zwei Stunden wöchentlich zu reduzieren oder gar zur reinen Bewegungstümmelei zu degradieren, hemmt und hindert die Leistungsentwicklung und mißachtet den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit von Kindern. Diese Leistungsbereitschaft gilt es durch kooperative Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schule und Vereinen zu fördern. Bisherige Kooperationsmodelle zwischen Schule und Verein weisen in die richtige Richtung, sie müssen erweitert und weiterentwickelt werden.

Die Bundesleistungszentren und die Olympiastützpunkte müssen in die Kooperation Schule, Verein und Verband stärker einbezogen werden. Die sportbetonten Schulen oder die an Stützpunkten angeschlossenen Internate sind inzwischen dy-

namische Keimzellen der Nachwuchsarbeit im deutschen Leistungssport. Hier gibt es noch einen immensen Nachholbedarf. Hervorragende sportliche Ausbildung, anspruchsvolles Leistungstraining ist mit einer optimalen schulischen Ausbildung zu vereinbaren; dies haben die bisherigen Erfahrungen gelehrt. Wir müssen diesen Weg konsequent weitergehen, denn der Weg zur Weltspitze führt nur über eine Konzentration aller Mittel. Die Skepsis gegenüber den früheren Kinder- und Jugendsportschulen der DDR müssen überprüft werden. Ohne ideologischen Ballast und mit unserer Auffassung vom Menschenbild passen die Nachfolgeeinrichtungen dieser Schulen durchaus in unser Gesellschaftssystem.

Mehr Weitblick zeigen

Für den Nachwuchs müssen wir die besten und erfahrensten Trainer bereitstellen, die über fundierte trainingswissenschaftliche Erkenntnisse und hohes pädagogisches Verantwortungsbewußtsein verfügen. Die Eltern müssen sich darauf verlassen können, daß die Erziehung und Gesundheit ihrer Kinder im Vordergrund des Trainingsprozesses stehen und die Trainingsbelastungen alters-, geschlechts- und sportspezifisch angepaßt sein müssen. Sportvereine und Sportverbände sind aufgefordert, durch Bereitstellung der besten Trainerinnen und Trainer ein hohes Maß an Verantwortung zu zeigen. Dies liegt in ihrem urreigensten Interesse. Fälle wie im Eiskunstlaufen und Turnen dürfen sich nicht wiederholen.

Wir verfügen über ein umfangreiches Stützpunktsystem mit hervorragenden Trainings- und Wettkampfstätten, mit einer ausgezeichneten Leistungsdiagnostik und medizinischer Betreuung. Dieses müssen wir unseren Talenten, die an die nationale und internationale Spitze stre-

ben, uneingeschränkt zugänglich machen. Auch dies geht nur über den Weg der Konzentration.

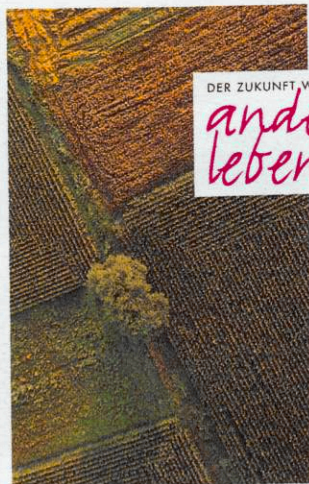
Die Verbände müssen ihren Mitteleinsatz für die Nachwuchsarbeit deutlich erhöhen. Ich bin mir sicher, daß den Verbänden dies gelingen wird, da auch die Bundesförderung der Verbände von Leistungskriterien abhängt.

Medien und Sponsoren sollten bei ihrem finanziellen Engagement im Sportbereich mehr Weitblick zeigen und nicht so sehr den augenblicklichen Erfolg finanzieren, sondern in die Förderung des Nachwuchses investieren und zwar in voller Breite und nicht nur in einigen telegenen Sportarten. Spitzenleistungen müssen in allen Sportarten möglich werden. Ein Teil aller durch Medien und Sponsoren für den Sport zur Verfügung gestellten Mittel pauschal in die Nachwuchsarbeit zu geben, wäre eine wichtige Weichenstellung dafür, daß Spitzenleistungen deutscher Athleten auch zukünftig gesichert sind.

Die berufliche Zukunft eines Sportlers muß rechtzeitig – schon im Nachwuchsbereich – neben der sportlichen Förderung beachtet werden. Die Laufbahnberater in den Olympia-Stützpunkten haben hier eine wichtige Aufgabe übernommen, die von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand noch stärker gestützt werden muß. Wer für unsere Gesellschaft Leistungen erbringt, muß darauf vertrauen können, daß diese Gesellschaft ihm später hilft, sich eine Existenz aufzubauen.

Wir müssen für unsere Sportlerinnen und Sportler die bestmöglichen Voraussetzungen und Grundlagen schaffen, damit sie im internationalen Vergleich mit den besten Athleten der Welt eine faire Chance haben. Deshalb müssen wir frühzeitig im Nachwuchsbereich damit anfangen.

WEGE ZUR ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN MARKT- WIRTSCHAFT



DER ZUKUNFT WEGEN:

*anders
leben.*

Beschluß des 21. Bundesdelegiertentages
der Frauen-Union der CDU 4./5. November 1995



▲ Broschüre: Wege zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft

Umweltschutz bedeutet nicht Bewahren um jeden Preis, sondern dort einzugreifen, wo es noch nicht gelungen ist, Wohlstand, sozialen Fortschritt und Umweltschonung zu verbinden. Der vorliegende Beschluß der Frauen-Union will eine breite Diskussion in der Frauen-Union mit interessierten Experten, Umweltbeauftragten und Verbänden anstoßen.

Bestell-Nr.: **2168**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 33,50 DM

▼ Faltblatt: Klimaschutz – Mach mit!

Vor besondere Herausforderungen stellt uns der weltweite Schutz des Klimas. Nur wenn es gelingt, den sogenannten „Treibhauseffekt“ erfolgreich zu bekämpfen, können wir dauerhaft die Schöpfung bewahren. Klimaschutz kann aber nur gelingen, wenn er von allen Bereichen der Gesellschaft unterstützt wird. Deshalb machen Sie mit beim Klimaschutz. Unser Faltblatt will Ihnen hierfür einige wichtige Informationen geben.

Bestell-Nr.: **2159**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 22,- DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum · Postfach 11 64
33759 Versmold · Fax (0 54 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Canvassing-

Zubehör



CDU-Pavillon mit ▶
Seitenteil

Bestell-Nr.: 0924
Preis je Expl.: 239,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • **Telefax (0 54 23) 4 15 21**

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UID

20/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.